

AUS DER VOLKSSTIMME (MAGDEBURG) VOM 11. AUGUST 2016

Staatsfeinden auf der Spur

RECHERCHE Wie stark sind die „Reichsbürger“ in Sachsen-Anhalt? Gibt es Beziehungen zu Pegida? Welche Auswirkungen hat die Bewegung auf die Arbeit der Justiz?



DREHBUCH

Zeitung Volksstimme
Auflage 166.600
Kontakt Jörn Wegner
E-Mail joern.wegner@posteo.de

Idee Als ein „Reichsbürger“ im Jahr 2015 mit seinem Auto in eine Polizeikontrolle geriet und die Herausgabe der Papiere verweigerte, filmte er die Aktion und stellte das Video ins Netz. Jörn Wegner, damals Volontär der *Volksstimme*, sah das Video und begann, den Einfluss der Bewegung in Sachsen-Anhalt zu recherchieren. In mehreren Artikeln untersuchte er die Verbindungen der Reichsbürger zu Magida, dem Magdeburger Ableger von Pegida, er widmete sich der Situation an Gerichten, die mit abstrusen Geldforderungen und pseudojuristischen Schriften von Reichsbürgern zu kämpfen haben. Zudem berichtete er über Gerichtsverhandlungen, die auch deutschlandweit medial aufgegriffen wurden.
Recherche Für seine Nachforschungen kontaktierte Wegner mehrmals den Verfassungsschutz.

Am hilfreichsten aber seien die Informationen von Vereinen, die das Feld Extremismus und Prävention erforschen, gewesen, sagt der Journalist. In seiner Region seien das unter anderem der Verein Miteinander, die Amadeu-Antonio-Stiftung sowie „Exit“, ein bundesweites Programm für Aussteiger aus der rechtsextremen Szene. Um die Probleme der Justiz mit den Reichsbürgern zu recherchieren, wandte er sich an lokale Gerichte und den Landesvorsitzenden des Richterbundes. Zudem lief er zu Recherchezwecken inkognito bei einer Demonstration von Magida mit.
Reaktionen Immer wieder hätten sich Menschen, die sich zur Reichsbürger-Szene zählen oder mit dieser sympathisieren, bei ihm gemeldet, sagt Wegner. Er sei per E-Mail, Facebook, über die Redaktion sogar telefonisch beschimpft worden, sagt er. „Am Anfang muss man schlucken, aber man lernt, damit umzugehen.“
Umsetzung Die Artikel erschienen jeweils als Fließtext. In einem Extrakasten wurden dabei die Hauptargumente der Reichsbürger wiedergeben und mit einem Faktencheck widerlegt.
Fazit Artikel über die Reichsbürger würden viel gelesen und im Netz besonders stark geklickt,



Jörn Wegner war Volontär bei der *Volksstimme* und arbeitet heute bei der AOK Sachsen-Anhalt.

sagt Wegner. Er sei allerdings skeptisch, dass man Menschen, die den Argumenten der Reichsbürger glauben, damit vom Gegenteil überzeugen könne. Die Artikel richteten sich daher vor allem an die breite Leserschaft.

Link www.bit.ly/volksstimme-reichsbuerger

drehscheibeTIPP

Interview mit einem Historiker: Gab es früher ähnliche Verschwörungsbewegungen in der Region? Wenn ja, wie sind sie entstanden, wie haben sie sich entwickelt und wann verloren sie an Zuspruch?

Wie „Reichsbürger“ Gerichte stören

Immer aggressiver, immer aufdringlicher: Richter müssen verstärkt mit den Querulanten streiten

Mit ellenlangen Schreiben und Geldforderungen versuchen Reichsideologen, Gerichte lahmzulegen. Die Richter fühlen sich zunehmend überlastet und fordern mehr Unterstützung.

Von Jörn Wegner
Stendal/Halle • Mehrere Justizwachmeister vor und im Saal, strenge Kontrollen von Kleidung und Taschen – ein solcher Aufwand wird am Landgericht Stendal nur selten gemacht. Anlass ist ein Berufungsprozess eines 20-Jährigen am gestrigen Mittwoch, der zuvor zu einer Bewährungsstrafe von sechs Monaten verurteilt worden war, wegen Körperverletzung.

Doch der Grund für die hohe Sicherheit ist ein anderer. Leon M., der Angeklagte, stammt aus der Reichsideologen-Szene. Seine Mutter, Ellen M., ist Vorstand der Samtgemeinde „Alte Marck“, ein Fantasiebezirk in der Provinz Sachsen im nicht mehr existierenden Königreich Preußen. Für Familie M. existiert Preußen noch immer, die moderne Bundesrepublik hingegen nicht. Während Sohn Leon im Gericht in Haft geschickt wird, beschimpft Mutter Ellen draußen Journalisten. „Sie haben ein Aktenzeichen beim Reichsgericht“, brüllt



Markus Niester



Kay Timm



Rainer Mählenhoff

sie. Sollte sie noch einmal im „Schmierblatt“ als „Reichsbürger“ bezeichnet werden, werde dies Folgen haben. Familie M. beruft sich auf die Zugehörigkeit zum früheren Land Preußen, eine der zahlreichen Spielarten der Reichsideologie.

Unterlassungsaufforderung vom „Justiz-Rath“

In den Gerichten Stendals ist Familie M. bekannt. Richter Rainer Mählenhoff hat eine ganze Akte mit Schriftstücken aus deren Umfeld. Frakturschrift und ein gekrönter Adler zieren die Schreiben an Mählenhoff. Ein Jörg Schulz, seines Zeichens „Justiz-Rath“ der „Samtgemeinde Alte Marck“, fordert den Richter auf, weitere „Belästigungen“ gegenüber Leon M. zu unterlassen. Angehängt ist ein zehneitiges pseudojuristisches Konvolut, denn laut Reichsideologie ist

Mählenhoff lediglich Angestellter eines Unternehmens namens „Amtsgericht“ und hat keinerlei hoheitliche Rechte.

Menge und Länge dieser Schriftstücke sind es, die den Richtern Sorgen bereiten, erklärt Markus Niester. Ein Richter müsse sie trotzdem lesen, schließlich könne sich Prozessrelevantes darin verbergen. Niester ist Landesvorsitzender des Richterbunds und arbeitet als Familienrichter in Halle. Die Sorgen seiner Kollegen mit „Reichsbürgern“ kennt er gut.

Neben den ellenlangen Schriftstücken der Reichsideologen sind Richter und sogar Gerichtsangestellte mit horrenden Schadenersatzforderungen konfrontiert. Der Stendaler Amtsgerichtsdirektor Kay Timm archiviert die Forderungen. Anfangs haben vor allem dem nicht-juristischen Personal die gewaltigen Geldforderungen Sorgen gemacht.

Timm zeigt eine solche Rechnung: 34033 Silberunzen oder 510495 Euro sollte ein Richter zahlen. „Solche Rechnungen bekommen alle, die ein Schriftstück unterzeichnen“, sagt Timm. Die Reichsideologen wollten einschüchtern und Richter unter Druck setzen. Timm stellt mittlerweile immer Strafanzeige. Es sei wichtig, dass konsequent gegen die „Reichsbürger“ vorgegangen werde. Anfangs hatten die Forderungen im Gericht für „eine gewisse Unruhe“ gesorgt, auch weil vor allem die Angestellten nicht wussten, wie mit den häufig offiziell aussehenden Schreiben umzugehen ist.

„Reichsbürger“ drohen mit Tod und Schuldenregistern

„Das nervt einfach nur, das blockiert in der Arbeit“, sagt Rainer Mählenhoff. Reichsideologen hatten gedroht, ihn in ein

Schuldenregister in den USA einzutragen. Die Forderungen werden über ein Inkasso-Büro in Malta eingetrieben. Diese „Malta-Masche“ ist vor einigen Wochen bekannt geworden, da auch Angela Merkel und Joachim Gauck betroffen waren. „Wir sind teilweise wie Freiwillige. Die werden immer aggressiver“, sagt Mählenhoff. Einige Reichsideologen gehen im Umgang mit Richtern noch weiter: „Es gab an mehrere Kollegen die Aufforderung, etwas zu unterlassen, sonst drohe die Todesstrafe“, so Niester.

Dabei ist die Zahl der Reichsideologen, mit denen es Richter zu tun haben, gering. Timm spricht von fünf bis sechs, Niester nennt ähnliche Zahlen. Die Arbeit, die sie verursachen, stehe aber in keinem Verhältnis zu ihrer Zahl.

„Was ich mir wünsche, ist eine zentrale Anlaufstelle“, sagt Niester. Die Richter bräuchten einen qualifizierten Ansprechpartner, an den sie sich unbürokratisch wenden könnten. Wie hilflos Richter sein können, zeigte ein Vorfall in Schönebeck. Reichsideologen hatten eine Verhandlung gefilmt, die am Ende im Chaos versank. Vergeblich versuchte der Richter, Wachmänner zu rufen. „Es wird einfach mehr Wachpersonal benötigt“, sagt Rainer Mählenhoff, der auch Mitglied im Richterbund-Vorstand ist.